

<b>ANFRAGE</b>  Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)  vom 18. Dezember 2012	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>44. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>15.01.2013</b> <b>1326</b> <b>18</b>  <b>öffentlich</b>
<b>Unterbringung von Asylsuchenden in Karlsruhe</b>		

1. Welche Anzahl von Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden sind aus heutiger Erkenntnis für die LAST in Karlsruhe in den nächsten 6 Monaten zu erwarten?
2. Hat die Stadt Karlsruhe mit der Landesregierung eine Einigung dahingehend erzielt, eine Situation wie im Herbst 2012 in Zukunft zu vermeiden – und welche Vereinbarungen wurden dahingehend getroffen?
3. Welche Konsequenzen hat die Stadtverwaltung aus den Unterbringungsschwierigkeiten von Asylsuchenden im Herbst 2012 für ähnliche Entwicklungen in der Zukunft gezogen,
  - a) was ihren eigenen Tätigkeitsbereich betrifft?
  - b) was das in einigen Stadtteilen positive Engagement von Institutionen, Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern betrifft?
4. Hält es die Stadtverwaltung für plausibel und angebracht, in die derzeit in Arbeit befindliche städtische Willkommenskultur Flüchtlinge und Asylsuchende mit einzubeziehen?

#### **Sachverhalt/Begründung:**

Mit Zeitverzögerung ist es Ende 2012 gelungen, eine gestiegene Anzahl von Asylsuchenden in Karlsruhe menschengerecht unterzubringen. Ein vergleichsweise prosperierendes Bundesland hat sich einige Wochen außerstande gezeigt, für einige Hundert Asylsuchende zusätzlich zeitnah akzeptable Erst-Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die politische Großwetterlage lässt nicht erkennen, dass die Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden abnehmen wird. Deshalb kann es nur sinnvoll sein, aus den Schwierigkeiten bei der Unterbringung in Karlsruhe im Verlauf

der letzten Monate des Jahres 2012 Konsequenzen und Vorsorgemaßnahmen für die Zukunft zu treffen – nicht nur aus Fehlern und Mängeln, auch aus guten Beispielen von Willkommenskultur und Bürgerengagement.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

4. Januar 2013